

Datenschützer



bitten um Mithilfe.

Belohnung

Im Zusammenhang mit geltendem Landes-, Bundes- und Menschenrecht weisen Datenschützer auf folgende Personen hin:



Wolfgang Clement
Bundesarbeitsminister a.D.

Beim Antrag auf „Hartz IV“ müssen privateste Angaben über das Vermögen der „Bedarfsgemeinschaft“ gemacht werden. ArbeitgeberInnen erfahren zwangsläufig vom Beziehungsstatus - und auch von der Hilfsbedürftigkeit ihrer Angestellten; zudem werden die Daten an andere Institutionen weitergegeben.



Brigitte Zypries
Bundesjustizministerin

Das Ministerium hat die Bedingungen für die DNA-Analyse geändert: Nicht nur Schwerekriminelle müssen heute Speichel lassen, jetzt sind auch diejenigen dran, die eine leichte Straftat wiederholt haben. Der Richtervorbehalt für die Analyse von Spuren verfällt - Polizei und Staatsanwaltschaft können sie anordnen.



Charles Clarke
Britischer Innenminister

Telefon- und Internetanbieter sollen nach seiner Vorstellung dazu verpflichtet werden, Daten über Festnetz-, Handy- und E-Mailverkehr über ein Jahr zu speichern. Polizei und Geheimdiensten soll nach Clarks Wunsch per EU-Richtlinie sofort ersichtlich sein, wer wann mit wem kommuniziert hat.



Annette Schavan
Kultusministerin Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wird man schnell mal als „linksextrem“ eingestuft. Wer dann noch LehrerIn werden will, muss seine Träume möglicherweise begraben: Das Kultusministerium verweigerte einem Lehramtsbewerber aufgrund seiner Mitgliedschaft bei einer antifaschistischen Initiative die Anstellung.



Hans Eichel
Bundesfinanzminister a.D.

Im April wurde durch das Finanzministerium das Bankgeheimnis teilweise aufgehoben: Das „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“ ermächtigt Finanzbehörden und Arbeitsämter, auf die Stammdaten sämtlicher Konten und Depots aller BürgerInnen zuzugreifen.



Otto Schily
Bundesinnenminister a.D.

Er möchte die Erfassung von DNA-Mustern bei der erkennungsdienstlichen Behandlung obligatorisch machen, führte den biometrisch-elektronischen Reisepass in der EU ein, wandelte den Bundesgrenzschutz zur Bundespolizei um und stellte die Pressefreiheit - zuletzt im Rahmen der Cicero-Affäre - in Frage.



Joseph Blatter
Präsident der FIFA

Wollte man an der Ticketauslosung für die WM 2006 auch teilnehmen, mussten Personalausweis-, Telefon- und Kreditkartennummer angegeben werden. Viele Fans bekamen statt der ersehnten Karte - mit integriertem Funkchip - dann aber nur Werbung, da die FIFA die Daten auch noch anderweitig verwendete.



K.-H. Gasser, I. Wolf, G. Beckstein
Innenminister Thüringen, NRW, Bayern

In diesen Bundesländern arbeiteten die Datenbanken zur Verwaltung von Ermittlungsverfahren, mit zweifelhaften Methoden: Ähnlich wie im „Dritten Reich“ boten sie bis zum Sommer der Polizei Informationen darüber, ob Opfer, Zeuginnen und Verdächtige homosexuell sind. Ihre Treffpunkte gelten als potentielle Tatorte.

Wer diese Personen an ihrem Handeln hindert, wird belohnt mit
**mehr informationeller Selbstbestimmung und
mehr Schutz der Privatsphäre.**

„Das Grundrecht gewährleistet ... die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Einschränkungen dieses Rechts auf ‚informationelle Selbstbestimmung‘ sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig.“
Bundesverfassungsgericht, 1983

„Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.“
Menschenrecht, Artikel 12

Hinweise finden sich an jeder Stelle.